

LSV NRW
Herrn Christian Mohr
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf

Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Johannes Vogel
Generalsekretär
Mitglied des FDP-Bundesvorstands

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-51
Fax 0211. 49 70 9-35

johannes.vogel@fdp.de
www.fdp.nrw

Düsseldorf, 3. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Mohr,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31. März, welches am 11. April bei uns eingegangen ist. Gerne beantworte ich Ihnen die Fragen der Landesschüler*innenvertretung NRW.

Allgemein / Einstiegsfrage

Was läuft nach Auffassung Ihrer Partei im nordrhein-westfälischen Schulsystem falsch?

Die Schulpolitik der rot-grünen Landesregierung ist gescheitert. Die Situation ist deutlich schlechter als vor einigen Jahren. In nahezu allen deutschlandweiten Vergleichsstudien landet Nordrhein-Westfalen auf letzten Plätzen: von den schlechtesten Lehrer-Schüler-Relationen über die geringsten Bildungsausgaben pro Schüler, bei der beruflichen Bildung bis hin zur Bildungsarmut, wo nur die Stadtstaaten schlechtere Ergebnisse erzielen. Trotz einer angeblichen Politik, bei der kein Kind zurückgelassen werden soll, wird die Chancengerechtigkeit nicht gestärkt. Seit 2010 ist in Nordrhein-Westfalen die Kinderarmut sogar angestiegen. Auch bei Leistungsvergleichen etwa im MINT-Bereich oder der Orthografie schneidet NRW verheerend ab. Dies zeigt auch, dass die von Rot-Grün schleichend umgesetzte Politik der Leistungs nivellierung und die Verhinderung von Qualitätsstandards den Schülerinnen und Schülern nicht nützt, sondern schadet. Zudem sind die Schulen durch unzureichende Unterstützung bei der Flüchtlingsbeschulung, durch Unterrichtsausfall, die Umsetzung einer Inklusion ohne qualitative Leitplanken und die mangelhafte Lehrerversorgung massiv belastet. Darüber hinaus ist es aus Sicht der Freien Demokraten nicht akzeptabel, dass Schülerinnen und Schüler je nach besuchter Schulform gezielt ungleich behandelt werden. Eine Politik der Kinder erster und zweiter Klasse lehnen wir ab.

Bildungsunterfinanzierung

Was wird Ihre Partei in der NRW-Landesregierung gegen die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems in NRW unternehmen?

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
IBAN: DE83 3007 0024 0612 0026 00
BIC: DEUTDE33

Durch die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung seit 2010 sind viele Kitas chronisch unterfinanziert, da die Finanzierungsanteile des Landes hinter der tatsächlichen Kostenentwicklung zurückgeblieben sind. Darunter leidet die gesamte pädagogische Arbeit, aber auch die Trägervielfalt. Denn nicht alle Träger sind in der Lage, die entstandene Finanzlücke auszugleichen. Wir Freien Demokraten wollen die Kindertageseinrichtungen deshalb so schnell wie möglich finanziell absichern. Die Kita-Finanzierung muss wieder den tatsächlichen Aufwand zur Erfüllung der Kita-Aufgaben abdecken. Um dies dauerhaft zu sichern, wollen wir die automatische Erhöhung der Kita-Finanzierung an einen wissenschaftlichen Index koppeln, der vor allem die realen Lohnkostensteigerungen berücksichtigt. So können wir einen guten Erzieherinnen-Kind-Schlüssel realisieren und die Trägervielfalt erhalten.

Beste Bildung für unsere Kinder kostet viel Geld. Es kann nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Schülerinnen und Schüler regelmäßig letzte Plätze belegt. Deshalb wollen wir in der parlamentarischen Arbeit auch finanziell einen klaren Schwerpunkt auf Bildung legen. Bildung ist für uns aber auch eine nationale Kernaufgabe. Bund und Länder müssen daher in der Schulpolitik besser zusammenarbeiten. Den Bund wollen wir dabei stärker in die finanzielle und koordinierende Verantwortung nehmen, das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben und mehr Bundesmittel für die Modernisierung der Schulen zur Verfügung stellen. Generell wollen wir den Schulen z.B. in einem ersten Schritt eine mindestens 105-prozentige, mittelfristig eine 108-prozentige Lehrerversorgung als Vertretungs- und Gestaltungsreserve ermöglichen.

Auch die Finanzierung der Hochschulen muss neu aufgestellt werden. Im bundesweiten Vergleich liegt Nordrhein-Westfalen bei den laufenden Ausgaben für Forschung und Lehre je Student auf dem vorletzten Platz. In Niedersachsen beispielsweise werden pro Student 3.000 Euro pro Jahr mehr ausgegeben als in Nordrhein-Westfalen. Dies schlägt sich unmittelbar auch in der Qualität der Lehre nieder. So ist Nordrhein-Westfalen auch beim bundesweiten Vergleich der Betreuungsrelationen zwischen Professoren und Studierenden abgeschlagen auf dem letzten Platz. Die Prioritäten im Landeshaushalt müssen künftig richtig gesetzt werden.

Wie möchten sie die Kommunen in NRW bei der Sanierung ihrer Schulgebäude unterstützen?

Viele Schulen sind marode. Sowohl die Grundausstattung als auch weitere wichtige Merkmale wie die digitale Ausstattung sind oftmals nicht akzeptabel. Hier hat Rot-Grün jahrelang nicht gehandelt. So ist die Schul- und Bildungspauschale, die für die kommunalen Schulgebäude vom Land zur Verfügung gestellt wird, von Rot-Grün trotz Rekordsteuereinnahmen seit deren Regierungsübernahme nicht ein einziges Mal erhöht worden. Das nun unmittelbar vor der Landtagswahl von der Landesregierung beschlossene Programm „Gute Schule“ ist in dieser Form unzureichend, weil es trotz Rekorderlösen Schulden für die heutigen Schülerinnen und Schüler aufhäuft, Kinder bei der Finanzierung ungleichwertig behandelt und zwei Milliarden Euro umfasst, obwohl die Sanierungsbedarfe auf sieben Milliarden Euro geschätzt werden. Nach dem Willen der FDP sollen zur Ausstattung der naturwissenschaftlich-technischen Fachräume (MINT) und der IT-Infrastruktur

Bund und Länder ein gemeinsames Sonderprogramm auflegen. Für die digitale Infrastruktur wollen wir in den nächsten fünf Jahren 1.000 Euro pro Schülerin und Schüler investieren.

Zudem werden die Kommunen durch die rot-grüne Landesregierung auch strukturell unterfinanziert. Daraus resultiert ein enormer Investitionsstau in der kommunalen Familie. Die Freien Demokraten setzen sich für eine kommunale Mindestfinanzausstattung ein und wollen dauerhaft sicherstellen, dass die Kommunen endlich auskömmlich durch das Land finanziert werden. Erforderlich ist dazu eine grundlegende Neuausrichtung der Gemeindefinanzierung. Dafür wollen wir zunächst die Finanzbedarfe der Kommunen auf Basis aller ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wissenschaftlich erheben.

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der LSV NRW, ein landesweites kostenloses Schüler*innenticket einzuführen?

In den Tarifgebieten der nordrhein-westfälischen Verkehrsverbünde gibt es bereits verschiedenste Formen kostengünstiger Schülertickets, mit denen die Schüler den öffentlichen Personennahverkehr unkompliziert und rund um die Uhr für Schule und Freizeit nutzen können. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Über weitere Verbesserungen im Angebot von Schülertickets müssen die Verkehrsverbünde und Verkehrsunternehmen sowie die kommunalen Schulträger befinden.

Planen Sie, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch für die Zukunft sicherzustellen?

Die Schülerschaft wird heterogener. Gleichzeitig benötigen die Lehrerinnen und Lehrer eine verlässliche Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. Die Freien Demokraten wollen daher zukünftig sicherstellen, dass jeder Schule die Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen ermöglicht wird.

Wie möchte Ihre Partei den immensen und strukturellen Lehrer*innenmangel an NRWs Schulen bekämpfen?

Zum einen muss intensiver für den Lehrerberuf geworben werden, zum anderen fordert die FDP mehr Anreizsysteme gerade für schwierige Stellenbesetzungssituationen. Mit großer Sorge sehen wir daher rot-grüne Festlegungen, in den nächsten Jahren fast 7.000 Lehrerstellen zu streichen, die die vielfach dramatische Situation an vielen Schulen noch verschärfen würde. Den von Rot-Grün verkündeten angeblichen Unterrichtsausfall von nur 1,8 Prozent erachten wir auch nach den vielfältigen Rückmeldungen von Schülern, Eltern und Lehrkräften als nicht glaubwürdig. Es bedarf stattdessen gerade für sozial schwierige Stadtteile oder ländliche Räume, in denen Stellen schwer besetzt werden können, zusätzlicher Anreizsysteme und Entlastungen für Lehrkräfte, um den Lehrerberuf attraktiv zu gestalten. Als FDP könnten wir uns z.B. spürbare finanzielle Anreize und mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Unterrichtsverpflichtung vorstellen. Unerlässlich zur Entlastung ist auch eine bessere multiprofessionelle Unterstützung. Ganz ohne Seiteneinstieg wird sich die jetzige Situation nicht bewältigen lassen.

Wie steht Ihre Partei zum Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich?

Wir wollen das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben und mehr Bundesmittel für die Modernisierung der Schulen zur Verfügung stellen. Denn Bildung ist eine nationale Kernaufgabe, bei der Bund und Länder besser zusammenarbeiten müssen.

G8, G9 und IGGS

Bleibt G8 in seiner jetzigen Form unter Ihrer Landesregierung bestehen? Wenn nein, wie würde unter Ihrer Landesregierung das System der weiterführenden Schulen in NRW aussehen?

Die Rückmeldungen der Gymnasien zur gewünschten Länge des gymnasialen Bildungsgangs unterscheiden sich ebenso wie die der Jugendlichen und Lehrkräfte deutlich. Viele Gymnasien wünschen keine erneuten Umstellungsprozesse. Gymnasien, die G8 fortsetzen wollen, müssen daher aus FDP-Sicht in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können. Andererseits wird G8 aber von manchen Schülern und Eltern als Belastung empfunden. Familien beklagen das Lerntempo, einen Zeitmangel für familiäre Gemeinsamkeit oder Hobbies. Diese Sorgen der Familien nehmen wir sehr ernst. Daher wollen wir die Möglichkeit eröffnen, dass Gymnasien zukünftig auch einen G9-Bildungsgang wählen können. Hier umfasst die Sekundarstufe I die Klassen 5 bis 10 und ist damit um ein Schuljahr länger als der G8-Bildungsgang. Aus vielen Schulen wurde darüber hinaus der Wunsch geäußert, parallel ein G8- und G9-Modell anbieten zu können. Daher will die FDP unter bestimmten qualitativ-organisatorischen Voraussetzungen die dritte Möglichkeit eines Y-Modells eröffnen. Diese Autonomie der Schulen folgt dem Gedanken eines liberalen Schulfreiheitsgesetzes. Gleichzeitig wollen wir an allen Gymnasien die Qualität stärken und rot-grüne Benachteiligungen wie den Abbau von rund 2.000 Lehrerstellen nach dem Doppeljahrgang beenden.

Wie bewerten Sie das Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) und der flexiblen Oberstufe der Landesschüler*innenvertretung NRW?

Bedürfnisse von Kindern und Wünsche von Eltern unterscheiden sich. Daher erachtet die FDP ein vielfältiges Schulformangebot, zu dem sowohl Schulen des gegliederten Systems als auch integrierte Angebote zählen, als einen Gewinn für Familien. Wir wollen an allen Schulformen bestmögliche Förderbedingungen ermöglichen und die rot-grünen Benachteiligungen der Gymnasien und Realschulen abschaffen. Für manche Kinder mag das genannte Konzept schulformbezogen die angemessene Form der Förderung und Unterrichtung darstellen, für andere nicht. Die FDP fordert einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, was bisher leider von Rot-Grün abgelehnt wurde. Allerdings ist es uns auch hier wichtig, für Familien Wahlmöglichkeiten zu sichern. Wir lehnen sowohl einen Zwang zu ausschließlich einer Schulform als auch einen Zwang zum Ganztags ab.

Fordert Ihre Partei eine nachhaltige und deutliche Senkung der maximalen Klassengröße an weiterführenden Schulen und wie sähe diese aus?

Ja. Im FDP-Wahlprogramm ist verankert, dass wir die Klassengrößen in allen Schulformen schrittweise reduzieren wollen. Mehr Bildungsqualität ist insbesondere durch eine bessere Schüler-Lehrer-Relation zu erreichen.

Wie steht Ihre Partei zum aktuell laufenden Volksbegehren "G9 jetzt"?

Volksbegehren sind ein legitimes Mittel der Demokratie. Allerdings hat die FDP von Beginn an unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie Kürzungen der Stundentafeln von 188 auf 180 Stunden an anderen weiterführenden Schulformen im Zuge der G8-Debatte an Gymnasien ablehnt.

Wie steht Ihre Partei zum verpflichtenden Ganztag mit Freizeitangeboten für alle Schüler*innen und wie sollte ein solcher Ganztag Ihrer Meinung nach aussehen?

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz für alle Schulformen einführen. Gleichzeitig wollen die Freien Demokraten dafür sorgen, dass die Qualität der Ganztagsschulen angehoben wird, etwa durch verbindliche Qualitätsstandards für eine bessere sächliche und personelle Ausstattung. Leider wurden diese von der FDP und aus der Wissenschaft dringend geforderten Qualitätsstandards bisher von SPD und Grünen blockiert. Uns ist jedoch wichtig, dass Wahlmöglichkeiten der Eltern für einen Besuch ihrer Kinder auf Halbtagschulen erhalten bleiben. Einen Zwang zum Ganztagsbesuch, wie hier gefordert, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir den Ganztag bedarfsgerecht flexibilisieren, so dass den Schulen mehr Gestaltungsmöglichkeiten nach den Bedürfnissen vor Ort eröffnet werden.

Möchte Ihre Partei, dass außerschulisches Engagement stärker anerkannt und wertgeschätzt wird? Wie kann diese stärkere Wertschätzung in Ihren Augen erreicht werden?

Außerschulisches Engagement z.B. in Vereinen oder Initiativen ist sehr zu begrüßen. Es vermittelt jungen Menschen frühzeitig, Verantwortung zu übernehmen, ist gesellschaftspolitisch wichtig und trägt zur Charakterbildung bei. Die Wertschätzung dieses Engagements sollte daher beispielsweise durch einen verstärkten Ausweis auf Zeugnissen erfolgen.

Wie kann man Schüler*innen mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement ermöglichen?

Es ist widersprüchlich, einerseits einen verbindlichen Ganztag und damit keine Wahlmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler, andererseits jedoch mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement zu fordern. Unabhängig hiervon macht es jedoch sowohl im Rahmen eines Ganztagsangebots als auch im Halbtags Sinn, bestimmte Themen in Projektarbeit einzubinden, so dass hier Engagement, Interessen und qualitativer Unterricht miteinander verzahnt werden können. Dies gilt ebenso für Praktika. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass gerade auch im Rahmen eines Ganztagsschulbesuchs die außerschulischen Freiräume nach der Unterrichtszeit nicht noch über Gebühr eingeschränkt werden.

Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung

Wie steht Ihre Partei zum allgemeinpolitischen Mandat von Schüler*innenvertretungen?

Das „Mandat“ der Schülervertretungen bezieht sich auf schulische Angelegenheiten, ein „allgemeinpolitisches Mandat“ besteht rechtlich daher nicht. Aber selbstverständlich gilt auch hier das generelle und sehr wichtige Prinzip der Meinungsfreiheit.

Wird Ihre Partei sich für die flächendeckende Einführung von beratenden Sitzen in kommunalen Schulausschüssen für Bezirksschüler*innenvertretungen stark machen?

Die Freien Demokraten haben im Landtag die Initiative ergriffen, die Partizipationsmöglichkeiten der Vertretungen zu stärken, indem die beratende Funktion der Vertreterinnen und Vertreter der Schulen bei Bildung entsprechender Ausschüsse vor Ort insbesondere auch unter einer angemessenen Berücksichtigung der Elternvertretungen verbindlicher gefasst wird. Hierbei haben wir ebenfalls gefordert, dass eine angemessene Einbindung von Schülervertretungen sichergestellt werden sollte. Zu dieser Forderung stehen die Freien Demokraten. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass aus Gründen der Subsidiarität die konkrete Ausgestaltung den Entscheidungsträgern vor Ort obliegen muss.

Gäbe es unter Ihrer Regierung mehr finanzielle Förderung für Schüler*innenvertretungen, Bezirksschüler*innenvertretungen und politische Jugendarbeit? Was halten Sie von einer Förderung für SVen in Höhe von 500,- € pro Schule und Schuljahr?

Generell sind wir gerne bereit, die angesprochene finanzielle Unterstützung der Schülervertretungen in Höhe von 500 Euro pro Schule und Schuljahr zu prüfen.

Unabhängig hiervon wurde die finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans über Jahre hinweg nicht verbessert. Erst kurz vor den Landtagswahlen wurde eine Erhöhung beschlossen, wobei sich die politischen Mitbewerber mit Versprechungen gegenseitig überboten haben. Eine solche Finanzierung wie auf einem Basar ist aus unserer Sicht respektlos gegenüber der wichtigen Kinder- und Jugendarbeit. Wir Freien Demokraten haben deshalb als erste eine Dynamisierung der Mittel des Kinder- und Jugendförderplans gefordert, mit der die zur Verfügung stehenden Mittel sich jährlich automatisch erhöhen würden. Die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen wird dann dauerhaft gut ausfinanziert und nicht mehr zu einem Stimmenköder in Wahlzeiten degradiert. Außerdem wollen wir die Beantragung von Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans durch eine konsequente Entbürokratisierung erheblich vereinfachen. In diesem Kontext könnte auch die angesprochene finanzielle Unterstützung der Schülervertretungen in Höhe von 500 Euro pro Schule und Schuljahr geprüft werden.

Auf kommunaler Ebene wollen wir Jugendbeteiligung, beispielsweise in Form von Kinder- und Jugendräten, verpflichtend machen. Die Erfahrung zeigt, dass

Jugendbeteiligung weniger am Geld scheitert. Vielmehr haben die Kommunen nicht den Willen oder das Wissen zur Umsetzung guter Jugendbeteiligung. Deshalb wollen wir vor allem die auf unsere Initiative hin gegründete Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung weiter stärken.

Digitalisierung des Bildungssystems

Was bedeutet für Ihre Partei die Digitalisierung der Schulen und welche Priorität sehen Sie darin?

Deutschland im internationalen Vergleich und Nordrhein-Westfalen auf nationaler Ebene drohen bei den Chancen der Digitalisierung im Bildungsbereich den Anschluss an diese Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts zu verlieren. Bereits jetzt sprechen Wissenschaftler bei rund einem Drittel der Schülerinnen und Schüler von digitalen Analphabeten. Hier werden nicht nur junge Menschen abgehängt, sondern es werden auch Aufstiegschancen verhindert. Deutschland muss heraus aus der digitalen Tristesse und der Kreidezeit an den Schulen. Daher hat dieses Thema für die FDP hohe Priorität. Es muss sichergestellt werden, dass jede Schule über eine schnelle Internetverbindung, ein leistungsfähiges W-LAN-Netz sowie über interaktive Smartboards, Laptops und Tablets verfügt, die im schulischen Alltag eingesetzt werden. Digitales Lehren und digitales Lernen müssen feste Bestandteile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der Lehreraus- und -fortbildung werden. Alle Schulen sollen ein digitales Medienkonzept in den Schulalltag integrieren. Auch der Fachunterricht in Informatik muss ausgeweitet werden. Zur Ausstattung der naturwissenschaftlich-technischen Fachräume (MINT) und der IT-Infrastruktur an den Schulen sollen Bund und Länder ein gemeinsames Sonderprogramm auflegen. Auch wollen die Freien Demokraten eine Fortbildungsoffensive des Landes umsetzen, um die Lehrkräfte bestmöglich zu unterstützen.

Wie stehen Sie zum "Bring Your Own Device"-Konzept?

Da laut Untersuchungen die übergroße Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler über eine vielfältige digitale Ausstattung verfügt, ist es sinnvoll, diese bestmöglich in den schulischen Alltag einzubinden. Allerdings muss sichergestellt sein, dass für alle Schülerinnen und Schüler ein Zugriff etwa auf Tablets etc. möglich ist, damit Kinder z.B. aus Familien, die sich eine entsprechende technische Ausstattung nicht leisten können, nicht abgehängt werden. Daher müssen zwingend alle Schulen über eine entsprechende moderne technische Grundausstattung verfügen, damit alle Schülerinnen und Schüler partizipieren können.

Bildungsgerechtigkeit / Durchlässigkeit des Bildungssystems

Sind Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsfähige Schule für Ihre Partei mit dem dreigliedrigen Schulsystem vereinbar? Warum (nicht)?

Kinder sind unterschiedlich, ebenso unterscheiden sich die Wünsche der Eltern. Die Freien Demokraten wollen keinen Zwang zu einer Einheitsschule, sondern für Familien Wahlmöglichkeiten sichern. Gegenwärtig wählen zwei Drittel der Eltern Schulformen des gegliederten Angebots für ihre Kinder. Diese Wünsche gilt es zu berücksichtigen. Gegen die Wünsche der übergroßen

Mehrheit der Eltern zu handeln, lehnen wir daher ab. Im Übrigen zeigen z.B. die Lernstandserhebungen, dass der Glaube, durch integrierte Schulformen würden leistungsschwächere Kinder automatisch besser gefördert, offenkundig nicht zutrifft. Hier deutet sich in der Tendenz an, dass etwa die leistungsschwächsten Kinder durch die jetzige Politik sogar noch schwächer geworden sind.

Wie kann es gelingen, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen?

Die individuelle Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin muss von den Schulen umgesetzt werden können. Zur Sicherung einer besseren individuellen Förderung brauchen wir daher zunächst eine Unterrichtsgarantie. Die FDP will den Schulen in einem ersten Schritt eine mindestens 105-prozentige, mittelfristig eine 108-prozentige Lehrerversorgung zur Verfügung stellen. Leistungsstandards müssen dringend gesichert werden. Alle Schulen sollen Zugriff auf unterstützende Schulsozialarbeit erhalten. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz einführen und fordern Qualitätsstandards für Ganztag und Inklusion.

Möchte Ihre Partei an den aktuell bestehenden Ziffernoten zur Bewertung von schulischen Leistungen festhalten? Was wäre ihr mögliches Alternativkonzept?

Ja. Selbstverständlich ist kein Rückmeldesystem über mögliche Fehler erhaben. Alleinige Leistungsbeschreibungen, die bisweilen standardisiert verfasst, verklausuliert ausformuliert und damit für Kinder und Eltern schwer verständlich gestaltet sind, erachten wir jedoch als nicht angemessen. Zudem ist bekannt, dass Kinder und Jugendliche ebenso wie Eltern Rückmeldungen in Notenform wünschen und oftmals versuchen, reine Leistungsbeschreibungen in Noten zu übersetzen. Neben den Ziffernoten ergänzende Beschreibungen vorzunehmen, halten wir jedoch für sinnvoll und wünschenswert.

Ist es sinnvoll, Schüler*innen nach nur vier Jahren des gemeinsamen Lernens in Grundschulen auf verschiedene Schulformen zu differenzieren? Würden Sie daran etwas verändern wollen und wenn ja, was?

Gerade am Ende der Grundschulzeit beginnen sich die individuellen Leistungsniveaus verstärkt auszudifferenzieren. Für die einen Kinder kann ein schulformbezogenes Konzept richtig sein, für andere jedoch völlig ungeeignet etwa aufgrund der Größe einer Schule oder auch, weil das Lerntempo zu langsam oder zu schnell ist. Ebenso unterscheiden sich die Wünsche von Eltern. Daher erachtet die FDP ein vielfältiges Schulformangebot, zu dem Schulen des gegliederten Systems und integrierte Angebote zählen, als sinnvoll.

Wie kann die immer noch viel zu hohe Zahl an Schulabbrecher*innen in NRW weiterhin konsequent und nachhaltig gesenkt werden?

In Nordrhein-Westfalen brechen alljährlich tausende junger Menschen die Schulen ohne Abschluss ab. Für eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensgestaltung dieser jungen Menschen stellt dies ein schwerwiegendes Problem dar. Letztlich muss dieser Problematik durch eine

bestmögliche individuelle Unterstützung entgegengewirkt werden. Dies erfordert Zeitressourcen für die Schulen etwa für Gespräche, auch ggf. mit den Eltern, aber auch unterstützende Schulsozialarbeit, die frühzeitig bei Schulabsentismus interveniert. Es geht insbesondere darum, frühzeitig bei persönlichen oder familiären Problemlagen unterstützend eingreifen zu können. Nicht geholfen ist jungen Menschen jedoch mit staatlich verordneten „Abschlussgarantien“ und Anspruchsnivellierungen, weil so Zeugnisse und Abschlüsse schlimmstenfalls nur Fähigkeiten und Fertigkeiten vorgaukeln, die nicht vorhanden sind. Dies hat zur Folge, dass der Wert von Abschlüssen für alle schleichend entwertet wird.

Wird Ihre Partei die Studiengebühren in NRW wieder einführen?

Wir wollen die Studienbedingungen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen verbessern, indem wir den Studierenden individuelle und flexible Lernzeiten ermöglichen, für moderne und beste Ausstattung sorgen und die Studierenden in ihrer Berufsorientierung unterstützen. Ein Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen soll selbstbestimmter, stressfreier, lehrreicher, spannender, attraktiver und erfolgsversprechender werden. Durch die Anhebung des Ausbildungsniveaus werden zusätzliche Fähigkeiten vermittelt und die Karrierechancen noch weiter gesteigert.

An der Finanzierung bester Studienbedingungen sollten sich auch die Studierenden beteiligen, die Studienbeitragseinnahmen sollen jedoch ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen vor Ort eingesetzt werden. Nur den Hochschulen soll deshalb die Möglichkeit eröffnet werden, Studienbeiträge zu erheben. Die Hochschulen sollen dabei eigenständig darüber entscheiden können, ob sie mit Studierenden so genannte Studienverträge abschließen. Darin sichern die Hochschulen den Studierenden bessere Studienbedingungen verbindlich zu. Die Studierenden sind zudem an der konkreten Verwendung der Gelder zu beteiligen. Auch die Höhe der Studienbeiträge sollen die Hochschulen bestimmen, allerdings darf ein Betrag von 500 Euro je Semester nicht überschritten werden. Sofern die Hochschulen sich für Studienbeiträge entscheiden, dürfen sie bei der Bezahlung der Studienbeiträge den Studierenden mehrere Optionen anbieten, müssen jedoch die Möglichkeit für nachgelagerte Studienbeiträge zwingend eröffnen. Dabei ist auch eine prozentual auf das Einkommen in den ersten Berufsjahren bezogene Ausgestaltung denkbar. Hierbei verpflichten sich die Studierenden gegenüber den Hochschulen, bei Berufstätigkeit einen geringen Prozentsatz ihres Einkommens den Hochschulen zu überweisen. Wer nach dem Studium kein Einkommen erzielt, wird entsprechend auch nicht zu Zahlungen herangezogen. Niemand wird dann mit der Situation konfrontiert sein, nach dem Studium Studienbeiträge zurückzahlen zu müssen, ohne dass die eigene finanzielle Lage dies ermöglicht.

Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Situation bei der Beschulung von Geflüchteten?

Vielfach fehlt es an Lehrkräften mit der Qualifikation Deutsch als Zweitsprache (DAZ) oder Deutsch als Fremdsprache (DAF). Ebenso fehlt an vielen Schulen eine verlässliche Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. Dass die rot-grüne Landesregierung Empfehlungen der Schulaufsichtsbehörden als unproblematisch erachtet, wonach bei mangelnden personellen oder

räumlichen Möglichkeiten den Schulen empfohlen wird, die jungen Menschen dann eben im „Schichtbetrieb“ zu unterrichten, sehen wir sehr kritisch. Ebenso kritisch sehen wir auch das rot-grüne Vorgehen, Kinder mit keinen oder nur marginalen Deutschkenntnissen verstärkt unmittelbar in Regelklassen einzugliedern.

Was muss aus Sicht Ihrer Partei getan werden, damit die Integration Geflüchteter in unser Bildungssystem nachhaltig gelingen kann?

Die Fachleute, nämlich die Schulen, sollten entscheiden, ob zunächst eine temporäre Beschulung in externen Vorbereitungsklassen zum Deutschlernen erfolgen soll. Es werden mehr Lehrkräfte mit DAZ- und/oder DAF-Kenntnissen benötigt. Jeder Schule muss die Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen ermöglicht und langfristig gesichert werden. Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeit und Schulpsychologie vernetzen sich dabei mit der Jugendhilfe und unterstützen die Förderung und Integration etwa von Flüchtlingskindern. Wichtig ist ebenfalls die intensive Kooperation mit der Weiterbildungslandschaft. Darüber hinaus fordert die FDP eine Verlängerung der Schulpflicht für nicht mehr schulpflichtige junge Flüchtlinge, da nur über Bildung eine gesicherte Integration in die Gesellschaft gelingen kann. Leider wird auch dies bisher insbesondere durch die Grünen verhindert.

Denkt Ihre Partei, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen zu besseren Lernbedingungen für Schüler*innen führt?

Grundsätzlich ja. Alleine eine stärkere Profilbildung der Schulen stellt letztlich auch eine Form des Wettbewerbs um beste Konzepte dar. Wer überall nur standardisierte Einheitslösungen statt mehr Schulfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulen fordert, beschränkt Kreativität und Motivation. Das führt letztlich nur zu Mittelmaß. Allerdings muss noch stärker sichergestellt werden, dass unterschiedliche Problemlagen, etwa das sozialräumliche Umfeld von Schulen, bei der Unterstützung eine bessere Berücksichtigung finden. Aber auch hier beweisen sehr viele, sogar preisgekrönte Schulen bereits heute, dass trotz eines schwierigen sozialen Einzugsbereichs durch eigene Profilbildung und Schwerpunktsetzungen hervorragende Arbeit geleistet werden kann. Wir wollen jedoch nicht länger einen Wettbewerb der 16 Bildungssysteme der Bundesländer, sondern einen Wettbewerb der einzelnen Bildungseinrichtungen um die besten Ideen. Erforderlich sind gemeinsame Bildungsstandards, bundeseinheitliche Abschlussprüfungen und eine transparente Evaluation der einzelnen Schulen. Die Ergebnisse der Qualitätsanalyse und der Lernstandserhebungen sollen durch die Schulen im Internet veröffentlicht werden, um mehr Transparenz zu ermöglichen.

Was halten Sie vom Konzept der völlig kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität? Wenn Sie dies befürworten, was wären mögliche Ansätze zur Finanzierung?

Beitragsfreie Kindergärten sind wünschenswert. Die Kitas in Nordrhein-Westfalen sind jedoch durch die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung sehr stark unterfinanziert. Kleinere Gruppen, mehr Erzieherinnen und flexiblere Öffnungszeiten haben deshalb Vorrang vor weiteren Schritten zur Abschaffung von Elternbeiträgen. Bis zur Umsetzung einer allgemeinen

Elternbeitragsfreiheit wollen wir, dass in allen Kommunen landesweit sozial gestaffelte Höchstgrenzen gelten.

Zur Finanzierung einer qualitativ hochwertigen Hochschulausbildung siehe Antwort oben.

Demokratie und Partizipation

Steht Ihre Partei hinter der aktuell geltenden Drittelparität in der Schulkonferenz?

Ja.

Wird es unter Ihrer Landesregierung ein Stimmrecht für Schüler*innenvertreter*innen in Fachkonferenzen geben?

Da bereits jetzt über die Schulkonferenz mit Drittelparität eine umfangreiche Einbindung des Schülerwillens erfolgt, sehen wir hierfür keine Notwendigkeit. Die Lehrkräfte müssen auch die Möglichkeit haben, ihren Unterricht angemessen zu planen. Wichtig sind aus unserer Sicht jedoch angemessene Feedbacksysteme, für die es ja bereits heute gute Beispiele gibt.

Fordert Ihre Partei die Absenkung des Wahlalters auf 14 bzw. 16 Jahre und warum (nicht)?

Die Rechte und Pflichten von jungen Menschen sollten stets Hand in Hand gehen. Es erscheint widersprüchlich, wenn junge Menschen mit 14 oder 16 noch keine Verträge alleine abschließen dürfen, aber das Wahlrecht haben. Auch finden wir, dass jeder, der wählen kann, sich auch selbst zur Wahl stellen können soll – bei einer Herabsenkung des Wahlalters wäre das aber nicht mehr der Fall, denn nur Erwachsene können gewählt werden.

Von der Herabsenkung des Wahlalters würden faktisch zudem weit weniger Jugendliche profitieren können, als allgemein angenommen. Da nur alle fünf Jahre gewählt wird, könnten auch nur zwei von fünf Jugendlichen in ihrem Leben einmal zusätzlich wählen, alle anderen würden wie bisher auch erst mit über 18 Jahren erstmals an einer Landtagswahl teilnehmen können.

Für die Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen sind nicht allein Fragen des Wahlrechts entscheidend, sondern auch der tatsächliche Spielraum für eigene Entscheidungen. Die Kinder und Jugendlichen von heute laufen Gefahr, dass ihre Steuergelder in Zukunft ausschließlich dafür verwendet werden, die Schulden der Eltern und Großeltern zurückzuzahlen. Wir Freien Demokraten werben deshalb für eine Verankerung einer effektiven Schuldenbremse in der Verfassung von Nordrhein-Westfalen. So wollen wir sicherstellen, dass auch nachfolgende Generationen die Möglichkeit haben, eigene politische Ideen umzusetzen.

Welche Ideen hat Ihre Partei zur Stärkung von Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen?

Mit einem Schulfreiheitsgesetz wollen wir den Schulen mehr organisatorische, finanzielle, pädagogische und personelle Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dies wollen wir mit den Schulen Schritt für Schritt in die Wege leiten. Auf

freiwilliger Basis soll es den Schulen viel stärker ermöglicht werden, eigenständig ihre pädagogischen Konzepte, ihr Personal und ihr Budget zu verantworten. Da hier selbstverständlich auch vielfach die verschiedenen demokratisch legitimierten Schulgremien beteiligt sein werden, wird die gelebte Partizipation vor Ort gestärkt. Letztlich stellen insbesondere die Entscheidungsfindung und Übernahme der Verantwortung für getroffene Entscheidungen einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung dar. Ein weiterer Gedanke dieser gestärkten Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen stellt das FDP-Konzept zu G8/G9 dar, da wir für die jeweiligen Schulen Gestaltungsmöglichkeiten nach ihren Bedürfnissen vor Ort eröffnen.

Inklusion

Befürwortet Ihre Partei die Inklusion an allen Schulen und allen Schulformen in NRW?

Die Freien Demokraten unterstützen den Grundgedanken der Inklusion, einer bestmöglichen Teilhabe und selbstbestimmten Lebensführung von Menschen mit Behinderung ausdrücklich. Aus Sicht der FDP müssen Kinder als Individuen geachtet werden und deren Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Dies geschieht bei der gegenwärtigen Umsetzung völlig unzureichend. Kinder dürfen auch nicht für eine Schulstrukturpolitik instrumentalisiert werden.

Was sind aktuelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRW?

Das zentrale Problem ist die ideologische rot-grüne Umsetzung. Das Tempo muss der Qualität folgen, nicht die Qualität dem Tempo. Innerhalb kürzester Zeit sind tausende allgemeiner Schulen zu Inklusionsschulen geworden. Dabei wurde auf jegliche Qualitätsstandards verzichtet. Es fehlt an sonderpädagogischen Fachkräften, qualitativ hochwertiger Fortbildung, vielfach an entsprechender Ausstattung. Gleichzeitig wurden die Rahmenbedingungen an langjährig erfolgreich inklusiv arbeitenden Schulen wie z.B. vielen Gesamtschulen oder Schulen in freier Trägerschaft durch Rot-Grün so verschlechtert, dass ihre Konzepte nach eigener Aussage nun nicht mehr funktionieren. Mit großer Sorge sehen wir insbesondere auch Rückmeldungen, wonach durch die rot-grüne Umsetzung der Inklusion Kinder mit Handicaps gar nicht mehr oder nur noch zeitlich sehr eingeschränkt beschult werden. Das widerspricht dem FDP-Verständnis einer erfolgreichen Inklusion vollkommen.

Welche Prioritäten sieht ihre Partei bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRW?

Wir wollen die Qualität stärken und verbindliche Qualitätsstandards etwa zu Doppelbesetzungen, sonderpädagogischen Fachkräften, qualitativ hochwertiger Fortbildung usw. verbindlich verankern. Wenn an allgemeinen Schulen diesen Qualitätsstandards nicht entsprochen werden kann, dürfen dort keine inklusiven Lerngruppen gebildet werden. Dies schließt eine Einzelintegration etwa im Bereich der Sinnesschädigungen oder der körperlichen und motorischen Entwicklung selbstverständlich nicht aus. Um den Elternwünschen bestmöglich entsprechen zu können, wollen die Freien

Demokraten verstärkt mit allgemeinen Schulen als Schwerpunktschulen arbeiten, um Ressourcen besser zu bündeln und so Qualität zu gewährleisten. Die Schließung der Förderschulen werden wir stoppen und die diagnostische Ermittlung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs verbessern.

Möchte Ihre Partei an der Förderschule als Schulform festhalten?

Ja. Selbstverständlich sinkt im Zuge der Umsetzung der Inklusion die Zahl der Förderschulen. Den Kerngedanken der Inklusion bildet die selbstbestimmte Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderung. Hierzu zählt aber auch eine Wahlmöglichkeit, jedoch kein ideologischer Zwang. Die einen Eltern von Kindern mit Handicaps wünschen den Besuch einer allgemeinen Schule, andere den Besuch einer Förderschule. Diese unterschiedlichen Wünsche gilt es zu respektieren. Letztlich muss zum Wohle des Kindes entschieden werden, wobei der Besuch einer allgemeinen Schule oder aber einer Förderschule sinnvoll sein kann. Daher wollen wir für Familien Wahlmöglichkeiten zwischen allgemeiner Schule und Förderschule sichern. Weit über 80 Prozent der Menschen wünschen laut Umfragen solche Wahlmöglichkeiten. Der erzwungene und absehbar weiter voranschreitende Abbau der Förderschulen gegen den Elternwillen muss gestoppt werden, weil gerade im ländlichen Raum durch die Entfernungen Wahlrechte der Eltern von Kindern mit Behinderungen schleichend leerzulaufen drohen.

Vermischtes

Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Religionsunterricht?

Die FDP achtet und begrüßt das auch verfassungsrechtlich verankerte Angebot eines konfessionellen Religionsunterrichts. Allerdings ist es den Freien Demokraten hierbei wichtig, dass selbstverständlich niemand zur Teilnahme an einem bekenntnisorientierten Unterricht gezwungen werden darf. Gerade in diesem sensiblen Feld sind qualitativ hochwertige Wahlmöglichkeiten von besonderer Bedeutung. Da in der Grundschule bisher kein den weiterführenden Schulen entsprechendes ordentliches Fachangebot besteht, will die FDP dort ein ordentliches Fach Ethik für diejenigen Kinder einführen, die nicht an einem konfessionellen Unterricht teilnehmen. Leider wurde die FDP-Forderung von SPD und Grünen im Landtag bisher blockiert.

Wie können die Globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Einzug in die Schulen NRWs erhalten?

Die Einbindung von Themen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Unterricht erfolgt regierungsübergreifend bereits seit Jahren. Darüber hinaus können etwa Projektarbeit oder Arbeitsgemeinschaften – gerade auch im Rahmen der zeitlich erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten des Ganztags und z.B. unter Einbindung von externen Partnern – einen zielführenden Handlungsrahmen darstellen, um diesbezüglich wichtige Themen zu vertiefen. Dabei sind das verbindliche Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot bei politischer Bildung zu beachten.

Wie steht Ihre Partei zu Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen?

Generell gilt völlig zu Recht ein Werbeverbot an Schulen. Klar muss daher sein, dass die bestehenden rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Jegliche Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zu unterbinden, wäre jedoch weder intelligent noch im Interesse der Schülerinnen und Schüler. Denn inhaltlich angemessenes Sponsoring, frühzeitige Berufs- und Studienorientierung oder Praktika wären ohne die sinnvolle Zusammenarbeit von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen kaum umsetzbar.

Wie steht Ihre Partei zu genderneutraler Sprache und warum gendern Sie (nicht) in Ihren Wahlprogrammen?

Zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen kann geschlechterneutrale Sprache einen gewissen Beitrag leisten, wobei reale Verbesserungen im alltäglichen Leben der Betroffenen für uns Priorität haben. Das Wahlprogramm der FDP ist weitgehend gegendert. Wir haben aber stets darauf geachtet, dass die Lesbarkeit des Textes nicht erschwert wird. Geschlechtergerechte Sprache muss verständlich bleiben und darf nicht übertrieben werden, so wie dies bei vielen Alternativen zum generischen Maskulinum der Fall ist.

Wird Ihre Partei an der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr festhalten?

Ja. Die wiederkehrenden Kampagnen gegen die Bundeswehr lehnen wir ab. Es handelt sich bei der Bundeswehr um eine Parlamentsarmee. Darüber hinaus wird z.B. fälschlicherweise angenommen, dass Jugendoffiziere für den Dienst in der Bundeswehr werben, was sie jedoch nicht tun (dürfen). Jugendoffiziere leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. Hierbei sind, wie generell in der politischen Bildung, der Beutelsbacher Konsens, also das Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sabine Ullrich', written in a cursive style.